



Baden-Württemberg.de

📅 06.09.2017

SCHULE

740 zusätzliche Lehrerstellen zum neuen Schuljahr



Das Land Baden-Württemberg hat zum neuen Schuljahr rund 5.100 Stellen an den öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen zu vergeben. Davon sind über 4.300 Stellen Ersatzbedarf. 740 Stellen hat die Landesregierung für bildungspolitische Maßnahmen neu geschaffen.

„Das aktuell sehr große Stellenkontingent sorgt erneut für gute Berufsaussichten für angehende Lehrerinnen und Lehrer in fast allen Schularten. Allerdings musste die Schulverwaltung in diesem Jahr besonders viel Kreativität und Einsatz aufbringen, um diese Stellen auch mit geeigneten Personen zu besetzen“, sagt Kultusministerin Susanne Eisenmann. In den anderen Bundesländern stehe man derzeit vor ähnlichen Herausforderungen, die zahlreichen durch Pensionierung frei werdenden sowie neu geschaffenen Stellen zu besetzen. Das Land Baden-Württemberg hat zum neuen Schuljahr rund 5.100 Stellen an den öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen zu vergeben. Davon sind über

4.300 Stellen Ersatzbedarf (vor allem durch Pensionierungen). 740 Stellen hat die Landesregierung für bildungspolitische Maßnahmen neu geschaffen.

Besondere Ausgangslage bei der Lehrereinstellung 2017

Der große Einstellungsbedarf ergibt sich vor allem aus einer Pensionierungswelle, die gegenwärtig ihre Spitze erreicht und noch die nächsten drei bis vier Jahre spürbar sein wird. Gleichzeitig wurden für bildungspolitische Ziele neue Stellen benötigt. Hinzu kommt, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen entgegen früheren Prognosen seit 2015 wieder ansteigen. Darüber hinaus hat sich mit der Zuwanderung ein erheblicher Mehrbedarf an Lehrkräften ergeben. Ein einmaliger Effekt verschärft diese Situation: Durch die Verlängerung der Studienzeit des neuen Grundschullehramts von sechs auf acht Semester kommen in diesem Jahr rund 400 Neubewerber weniger auf den Arbeitsmarkt als üblich.

Bislang ist es gelungen, 4.465 Stellen dauerhaft zu besetzen. Insbesondere bei den Grundschullehrkräften und Sonderpädagogen musste intensiv um geeignete Lehrerinnen und Lehrer geworben werden. Die Flexibilität seitens der Bewerberinnen und Bewerber sei in diesem Jahr besonders gefragt, betont die Ministerin vor dem Hintergrund der Schwierigkeit, Lehrerinnen und Lehrer für ländliche Regionen zu gewinnen.

Berufliche Schulen: Intensives Werben um Fachkräfte erfolgreich

Bei den beruflichen Schulen stellt sich das Ergebnis landesweit positiv dar. Durch eine frühzeitige und umfassende Präsenz auf dem Lehrkräftemarkt, maßgeschneiderte Werbemaßnahmen sowie eine schnell und flexibel agierende Lehrereinstellung ist es gelungen, die an den beruflichen Schulen verfügbaren 967 Stellen vollständig zu besetzen. „Wir haben in diesem Jahr bewusst sehr intensiv um Fachkräfte geworben, um so früh wie möglich Direkteinsteiger aus der freien Wirtschaft sowie die begehrten Bewerber mit beruflichen und naturwissenschaftlichen Lehrbefähigungen zu gewinnen“, sagt Eisenmann. Dies sei möglich gewesen, da die Schulverwaltung die Stellen für die beruflichen Schulen in vollem Umfang sehr früh ausgeschrieben habe (in Teilen schon im Dezember 2016) und sie nicht nur auf der landeseigenen Seite LOBW, sondern auch in für Fachkräfte einschlägigen Jobbörsen im Internet beworben habe.

Neue Wege zur Lehrergewinnung

„Auch bei den Haupt- und Werkrealschulen, den Realschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ist es uns gelungen, nahezu alle Stellen zu besetzen. Durch das Maßnahmenpaket zur Lehrergewinnung konnten wir die dort teilweise noch bestehenden Lücken gezielt schließen“, so die Kultusministerin. Insbesondere die zahlreichen Lehrerinnen und Lehrer, die sich noch kurzfristig dafür entschieden haben, ihre Stundenzahlen aufzustocken, hätten dazu beigetragen, die Situation an den Schulen zu entschärfen. Eisenmann: „Diesen Lehrerinnen und Lehrern bin ich außerordentlich dankbar. Durch ihren Einsatz ist es möglich, dass die Versorgung am Schuljahresbeginn gesichert werden konnte“. Alleine bei den

Grund- und Werkrealschulen hätten mehr als 440 Lehrkräfte einen Antrag auf Teilzeiterhöhung gestellt. Über alle Schularten hinweg waren es 1.300 Anträge.

„Ich habe im Juli Maßnahmen vorgestellt, die in den letzten Wochen mit Hochdruck vorangetrieben wurden, um die Zahl der offenen Stellen deutlich zu reduzieren“, erklärt die Kultusministerin. 200 Stellen konnten dadurch zusätzlich besetzt werden. Die Schulverwaltung werde ihre Bemühungen weiter intensivieren, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Bei den Grundschulen und im Bereich der Sonderpädagogik gebe es derzeit noch Engpässe. Landesweit sind im Bereich der Grundschulen aktuell rund 480 Stellen noch nicht besetzt, was sich regional unterschiedlich auswirkt. Im Bereich der Sonderpädagogen sind wie im Vorjahr derzeit noch etwa 100 Stellen offen.

Um Gymnasialkräfte für Grundschulen weiter werben

„Um dem großen Bedarf an Lehrkräften an unseren Grundschulen gerecht zu werden, gehen wir seit diesem Jahr auch neue Wege. So ermöglichen wir Absolventinnen und Absolventen mit Gymnasiallehramt, die bislang noch keine Anstellung gefunden haben, sich zum Grundschullehrer weiterzuqualifizieren“. Diese Option bestehe auch nach Schuljahresbeginn. Im August habe das Kultusministerium alle registrierten Gymnasialbewerber ohne Einstellungsangebot erneut angeschrieben, um auf diese Zusatzqualifizierung sowie die Möglichkeit einer befristeten Beschäftigung an den Grundschulen hinzuweisen. Für eine dauerhafte Beschäftigung an Grundschulen haben sich bislang 28 Bewerberinnen und Bewerber entschieden.

Mit Versetzungsketten und Abordnungen arbeiten

In einigen ländlichen Landkreisen ist es eine besondere Herausforderung, Bewerber zu gewinnen und Stellen dauerhaft zu besetzen. In diesen Regionen sucht die Schulverwaltung auch nach Schuljahresbeginn mit Hochdruck nach Lösungen – etwa durch Teilzeiterhöhungen, Versetzungen, befristete Verträge oder den Einsatz pensionierter Lehrerinnen und Lehrer. Auch sogenannte Versetzungsketten, mit denen Lehrkräfte aus gut versorgten in weniger gut versorgten Regionen eingesetzt werden, waren und sind weiter notwendig. Zudem wurden in größerem Umfang Lehrkräfte von Realschulen an Gemeinschaftsschulen oder Verbundschulen abgeordnet. Durch diese Maßnahmen konnten Grundschullehrkräfte, die an Verbundschulen eingesetzt waren, für die Primarstufe oder andere Grundschulen freigesetzt werden. Geografisch wurde zum Teil in mehreren Schritten agiert - beispielsweise zwischen Lörrach und Waldshut oder Konstanz und Tuttlingen. Daneben hat es Gespräche zwischen Schulleitungen und Schulverwaltung zur Klassenbildung gegeben, um im Einzelfall zugunsten stabiler Verhältnisse vor Ort Klassen auch über dem Teiler zu bilden.

Mehr Ausbildungsschulen im ländlichen Raum

Das Kultusministerium hat ergänzend Ideen entwickelt, um die Lehrerversorgung in Engpassregionen langfristig zu stärken. So arbeitet die Schulverwaltung schon jetzt daran, dass Lehramtsanwärter künftig vermehrt in Ausbildungsschulen im ländlichen Raum eingesetzt werden. Die Seminare für Didaktik und Lehrerbildung werden dafür gezielt mit diesen Schulen zusammenarbeiten. „Wir müssen mit Blick auf die kommenden Jahre Lösungen dafür finden, ländliche Schulstandorte gerade auch für

junge Lehrkräfte attraktiver zu machen. Ausbildungsschulen auf dem Land können einen Beitrag dazu leisten“, betont Eisenmann. Sie stärkten nicht nur die Unterrichtsversorgung in diesen Regionen, sondern erhöhten auch die Bereitschaft der angehenden Lehrerinnen und Lehrer, künftig in der Region zu bleiben.

Einstellung erstmals auch im laufenden Schuljahr noch möglich

Bis Ende September läuft das reguläre Einstellungsverfahren. Ministerin Eisenmann hat in diesem Jahr in Abstimmung mit dem Finanzministerium verfügt, dass auch Lehrkräfte nach dem 30. September noch fest und dauerhaft eingestellt werden können. Das ist für alle Personen interessant, die sich zum Haupteinstellungstermin noch nicht bewerben konnten, da sie beispielsweise noch Prüfungen ablegen mussten. Entsprechende Stellenangebote sind auf [Lehrer online](#) als Stelleninformation der Regierungspräsidien zu finden. Auf diesem Online-Portal sind auch aktuelle Stellenausschreibungen für befristete Vertretungstätigkeiten veröffentlicht. „Ich bin zuversichtlich, dass wir kurzfristig noch weitere Lehrerinnen und Lehrer gewinnen können. Die Lehrereinstellung ist in diesem Jahr ein gewaltiger Kraftakt. Auch nach Schuljahresbeginn werden wir große Anstrengungen unternehmen müssen“.

Flüchtlingsbeschulung: Alle 1.165 Stellen stehen weiterhin zur Verfügung

Auch die restlichen 200 Stellen für den Unterricht in Vorbereitungs- und VABO-Klassen, die mit einem „künftig wegfallend“-Vermerk versehen waren, konnten mit Zustimmung des Finanzministeriums verlängert werden. Für den Unterricht zugewanderter Kinder und Jugendlicher stehen somit weiterhin alle seit dem Schuljahr 2014/15 insgesamt geschaffenen 1.165 Stellen zur Verfügung. Eisenmann: „Die Rückmeldungen der Schulen haben gezeigt, dass bei den Vorbereitungsklassen nach wie vor ein hoher Bedarf besteht. Deshalb war diese Entscheidung wichtig und notwendig“. Für die benötigten Sprachförderangebote konnten neben den bereits bestehenden Lehrkräften neue Bewerber gewonnen werden, zum Beispiel Pensionäre, jedoch auch Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung aber mit zusätzlichen Qualifikationen, wie in Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache.

Steigende Schülerzahlen – Landesregierung steuert mit Hochdruck nach

Vor dem Hintergrund mittel- und langfristig steigender Schülerzahlen an den allgemein bildenden Schulen rechnet die Landesregierung auch in den kommenden Jahren mit einem hohen Bedarf an Lehrkräften. Insbesondere an den Grundschulen steigen die Schülerzahlen laut der aktuellen Vorausberechnung des Statistischen Landesamts signifikant an. Für das Schuljahr 2025/26 rechnet das Landesamt bei den Grundschulen mit einem Anstieg der Schülerzahlen um 14 Prozent (plus 54.000 Schüler) im Vergleich mit dem Schuljahr 2016/17. Aber auch für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sowie für die Inklusion werden zusätzliche Lehrkräfte benötigt. „Wir planen deshalb weit im Voraus und haben die Studienanfängerplätze für das Grundschullehramt bereits

erhöht, um langfristig genügend Lehrerinnen und Lehrer einstellen zu können“, erläutert Eisenmann. So habe das Kultusministerium gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium die Ausbildungskapazitäten für das Lehramt Grundschule auf nun 1.272 Studienanfängerplätze nach oben korrigiert. Eine weitere Erhöhung soll folgen. Dies sei zwar keine Maßnahme, die bei den derzeitigen Engpässen helfe, zahle sich aber langfristig mit Blick auf die steigende Anzahl der Schülerinnen und Schülern an den Grundschulen aus. Eisenmann kündigt an, die Planungsgespräche mit dem Wissenschaftsministerium künftig in einer engeren Taktung zu führen, um zeitnah auf Veränderungen reagieren zu können.

Sonderpädagogische Qualifizierungsmaßnahmen starten

„Auch hier haben wir mit einer Erhöhung der Studienanfängerplätze reagiert“, erklärte die Ministerin. Aktuell stehen für das Lehramt Sonderpädagogik im Land 520 Studienanfängerplätze pro Jahr zur Verfügung. Flankierend starten nun umfangreiche sonderpädagogische Qualifizierungsmaßnahmen für Hauptschul- und Werkrealschullehrkräfte. Diese bieten nicht nur den Lehrerinnen und Lehrern neue berufliche Perspektiven, sondern tragen mittelfristig auch dazu bei, den hohen Bedarf an sonderpädagogisch geschultem Personal für die Inklusion und für die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) zu decken. Im Laufe des ersten Schulhalbjahrs 2017/18 beginnt für circa 120 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits an SBBZ arbeiten, der erste Durchgang einer einjährigen sonderpädagogischen Qualifizierung. Insgesamt wird diese Qualifizierung in den kommenden Jahren für circa 800 Lehrkräfte angeboten. Im Wintersemester 2018/19 startet ein Aufbaustudium zur Weiterqualifizierung von rund 400 Lehrkräften, die bislang noch an Haupt- und Werkrealschulen eingesetzt sind, jedoch künftig in der Inklusion oder an einem SBBZ arbeiten werden.

Nachhaltiger Ressourceneinsatz

Die Landesregierung hat den Landesrechnungshof beauftragt, im Rahmen einer gutachterlichen Äußerung die Ressourcensteuerung im Geschäftsbereich des Kultusministeriums zu untersuchen und Konsolidierungsmöglichkeiten beim Einsatz von an die Schulverwaltung abgeordneten Lehrkräften aufzuzeigen. Bis Ende des Jahres werden die Ergebnisse der Prüfung erwartet. Hier geht es zum Beispiel um Lehrkräfte, die mit einem Teil ihres Deputats Sonderaufgaben – wie etwa für Bildungsplanarbeiten – wahrnehmen. „Hier wollen wir zu einer Reduzierung kommen. Um dabei mit Augenmaß vorgehen zu können, brauchen wir zunächst eine solide Aufgabenkritik. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Und dafür benötigen wir die Hinweise des Rechnungshofs“, erklärt Kultusministerin Eisenmann.

Überblick für die einzelnen Lehrämter

Grundschulen:

- Offene Stellen 2017: 1.580
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 1.100

Haupt- und Werkrealschulen (inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen):

- Offene Stellen 2017: 280
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 275

Realschulen (inkl. Einstellungen an Gemeinschaftsschulen):

- Offene Stellen 2017: 820
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 795

Sonderpädagogik (wissenschaftliche Lehrkräfte):

- Offene Stellen 2017: 400
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 295

Fachlehrer für musisch-technische Fächer (inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen):

- Offene Stellen 2017: 110
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 95

Fachlehrer/Technische Lehrer an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren:

- Offene Stellen 2017: 90
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 90

Gymnasien (inklusive Einstellungen an Gemeinschaftsschulen):

- Offene Stellen 2017: 880
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 875

Berufliche Schulen:

- Offene Stellen 2017: 940
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 940

Insgesamt:

- Offene Stellen 2017: 5.110
- Bereits bis 1. September 2017 besetzte Stellen: 4.465

Über die Stellen für den Unterricht hinaus stehen 1.666 Stellen für die Krankheitsstellvertretungsreserve zur Verfügung. Im Bereich der Grund- und Werkrealschulen wird diese bereits zu großen Teilen zu Schuljahresbeginn dazu eingesetzt, durch noch nicht besetzte Stellen entstandene Lücken zu schließen.